

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

vom: 31.01.2002
von: 16:00 Uhr
bis: 18:35 Uhr
Ort: Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Personal, Organisation und Frauengleichstellung

Gierlich, Michael - als Vorsitzender -
Bialowons-Sting, Eva-Marie
Dittrich, Karl-Heinz
Gerlach, Heinrich
Kessler, Irene
Löwenberg, Horst
Nickel, Volker
Panthöfer, Ulrich
Schneider, Manfred
Schwarz-Schumann, Helga
Sonntag, Hartmut
Wehn, Wolfgang
Zips, Joachim

II. Beratende Mitglieder:

Bosch, Erna
Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Gerlach bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Beratung der Haushaltsstellen des UA 1.025 in der Zuständigkeit des Fachausschusses

Vorlagennr. 1682/2002

- ► ► Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt Kenntnis.

6. Beratung der Haushaltsstellen des Fachbereiches 2 - Personal und Organisation - in der Zuständigkeit als Fachausschuss

Vorlagennr. 1681/2002

VERWALTUNGSHAUSHALT**HHSt. 1.020.1690.4 – Erstattung Verwaltungskostenbeitrag Leitstelle (UA 132)**

Auf Nachfrage von Herrn Schneider erklärt Herr Lehmann, die Verwaltung werde die Gründe der Ansatzreduzierung gegenüber dem Vorjahr in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2002 erläutern.

HHSt. 1.022.5620.4 – Aus- und Fortbildung des Personals

Herr Schneider bewertet die Aufstockung des Ansatzes seit dem Jahr 2000 als

positiv. Dennoch sei eine weitere Erhöhung wünschenswert.

Herr Löwenberg kritisiert, dass die Mittel zum wiederholten Mal nicht in voller Höhe ausgeschöpft worden seien, obwohl es einen offensichtlichen Bedarf gebe.

HHSt. 1.060.4100.8 – Persönliche Ausgaben SN A für Unterhaltung und Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude

Es sei unbefriedigend, wenn die Verwaltung in den Haushaltsberatungen der Fachausschüsse erkläre, noch keine Aufschlüsselung des SN A vornehmen zu können, wenn erhebliche Ansatzveränderungen hinterfragt würden, bemängelt Herr Schneider. Hier müsse für die Zukunft eine Lösung herbeigeführt werden.

VERMÖGENSHAUSHALT

- keine Anmerkungen

- Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2002 zur Kenntnis.

7. Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes

Vorlagenr. 1679/2002

Zu den in der Vorlage aufgelisteten Instrumentarien nimmt Herr Schneider wie folgt Stellung:

- a) Es sei sinnvoll, wenn die grundsätzlichen Überprüfungen im Rahmen der Wiederbesetzungssperre auch bei der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben erfolgten.
- b) Die SPD-Fraktion lehne die vorgeschlagene Abstufung bei der Beförderungssperre ab. Vielmehr werde beantragt, eine einheitliche Beförderungssperre ab Besoldungsgruppe A 12 für die Dauer von maximal 9 Monaten auszusprechen.
- c) Die Verwaltung werde aufgefordert, einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Abbaus von Überstunden und Bereitschaftsdiensten.
- d) Eine Reduzierung der Ausbildungsstellen werde abgelehnt, da sie letztendlich kontraproduktiv sei.
- e) Das Arbeitsergebnis der Projektgruppe „Aufgabenkritik“ müsse den politischen Gremien endlich vorgelegt werden.

Herr Dittrich stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 eine einheitliche Beförderungssperre von einem Jahr festzuschreiben.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stimme der Vorlage nicht zu, so Herr

Löwenberg.

Vor allem die geplante Verringerung der Ausbildungsplätze müsse kritisch betrachtet werden. Angesichts des allgemein herrschenden Mangels an entsprechenden Stellen entziehe sich die Stadt ihrer Verantwortung.

Zudem sei eine Beschlussfassung zu den Punkten 4 bis 6 der Vorlage aufgrund der nur mangelhaften Information unseriös.

Frau Bialowons-Sting bringt vor, auch die UWG-Fraktion stehe der Vorlage ablehnend gegenüber. So trage man die Beförderungssperre sowie die Einschränkungen in der Ausbildungspolitik nicht mit.

Herr Stötzel führt aus, der Bericht der Projektgruppe „Aufgabenkritik“ werde nach in Kürze erfolgender Beratung im Verwaltungsvorstand an die politischen Gremien weitergeleitet.

Den Vorwurf, die Stadt Siegen stelle zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung, weist er zurück. Im Vergleich zu anderen Kommunen habe man ein gutes Angebot.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Im Haushaltsjahr 2002 werden die Beförderungen in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 BBesG für ein Jahr ausgesetzt.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt die Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes, wobei im Haushaltsjahr 2002 die Beförderungen in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 BBesG für ein Jahr ausgesetzt werden.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 6 dagegen, 0 Enthaltungen

8. Einbringung des Entwurfs des Stellenplans 2002 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagenr. 1623/2001 + Ergänzungsvorlage + neue Anlage III

Die Erläuterungen des Herrn Lehmann zum Stellenplanentwurf 2002 sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ergänzend zu ihrer, der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegten Stellungnahme trägt Frau Dellori vor, wesentliches Ziel des Frauenförderplans sei es, die vorhandenen Ungleichgewichte in der Beschäftigungssituation von Frauen und Männern bei der Stadtverwaltung Siegen auszugleichen. Nach dem ersten Frauenförderplan habe der Frauenanteil bei 48% und der der Männer bei 52%

gelegen. Insbesondere solle schrittweise in den unterschiedlichen Einkommensbereichen ein Ausgleich geschaffen werden, denn auch die Frauen bei der Stadtverwaltung seien überwiegend im niedrigen Einkommensbereich beschäftigt. Zudem müsse die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert werden, Nachteile aus Kinderbetreuung und Teilzeit dürften nicht entstehen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt Herr Löwenberg, jeweils eine zusätzliche Stelle zur „Projektentwicklung für Beschäftigungsmodelle für arbeitslose Sozialhilfeempfänger“ und zur Bauunterhaltung im Bereich der Hochbauverwaltung einzurichten. Die erstgenannte Stelle könne sich durch erzielte Einsparungen bei der Sozialhilfe refinanzieren. Die zweitgenannte Stelle diene der zeitnahen Umsetzung entsprechender Beschlüsse der politischen Gremien und lasse sich durch einen Besetzungsstopp für die noch unbesetzte Stelle der Leitung des Fachbereiches 9 abdecken. Weiterhin müsse die Stelle „Stadtteilbezogene Prävention Heidenberg“, die auslaufe, dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familien und Seniorenfragen vom 05.09.2001 folgend, fortgeführt werden.

Herr M. Schneider beanstandet die Vorgehensweise bei der Neubildung der Fachbereiche 8 und 9. Als Begründung für die Änderung sei eine überhöhte Leitungsspanne im früheren FB 8 angegeben worden. Nunmehr habe man dem FBL 7 zusätzlich die kommissarische Leitung des FB 9 übertragen, was letztlich zum gleichen Ergebnis führe.

Im Übrigen stellt er namens der SPD-Fraktion den Antrag, die in der Anlage III der Vorlage (überarbeitete Tischvorlage) aufgeführten NN-Stellen Nr. 20 „Historiker/in“ und Nr. 25 „Sachbearbeiter/in für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung“ zu streichen. Weiterhin sei der Bedarf an Stellen zur Planung und Bauleitung von Neubaumaßnahmen sowie Gebäudeunterhaltung konkret zu prüfen.

Auf Frage von Herrn M. Schneider entgegnet Herr Lehmann, es sei beabsichtigt, die Problematik der Stellenbewertungen für Schulsekretäre/innen noch in der ersten Jahreshälfte 2002 einer Lösung zuzuführen. Zur Thematik der Installation von Kassenautomaten in den städtischen Bädern werde er in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Stellung beziehen.

Herr Wehn führt aus, die CDU-Fraktion beantrage, die Personalkosten im Haushaltsjahr 2002 auf 55,3 Mio. € zu begrenzen. Außerdem sollten folgende vier von der Verwaltung vorgeschlagenen Mehrstellen gestrichen werden:

- Erzieher/in in der Kindertagesstätte Gläserstraße (Nr. 16 der Anlage III),
- Sachbearbeiter/in zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung (Nr. 23),
- Brandmeister/in im Brandschutz- und Rettungsdienst (Stellen Nr. 27 und 28).

Frau Bialowons-Sting stellt für die UWG-Fraktion den Antrag, die bisherige Bewertung für die Stelle „Sachbearbeiter/in in der Buchhaltung“ (VI b) beizubehalten. Die vier Stellen „Sachbearbeiter/in im Vollstreckungs-Außendienst“ sollten dagegen, dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag folgend, auf V c angehoben werden.

Herr M. Schneider beantragt, der Ausschuss möge den Stellenplan ohne Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss weiterleiten, damit die Fraktionen Gelegenheit

erhielten, die Vielzahl der gestellten Anträge intern zu beraten.

Herr Baumeister weist darauf hin, dass ein neu bestimmter Personalausfallfaktor die Mehrstellen im Brandschutz- und Rettungsdienst bedingen würden. Gleichfalls werde auch die zweite Stelle im Aufgabengebiet „Landeshundeverordnung“ benötigt. Eine zusätzliche Stelle für die Beschäftigungsförderung im Bereich der Sozialhilfe sei dagegen nicht erforderlich, da diese Aufgabe nach Aussage des Fachbereiches 5 innerhalb des ASD leistbar sei.

Die Deckelung der Personalkosten sieht er als problematisch an. Es sei fraglich, ob ein solcher Beschluss ohne einschneidende Maßnahmen zu realisieren sei.

Er sei damit einverstanden, wenn sich der Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen zunächst mit der Frage einer Stelle zur „Projektentwicklung für Beschäftigungsmodelle für arbeitslose Sozialhilfeempfänger“ befasse, so Herr Löwenberg.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schneider):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung leitet die Vorlagen 1623/01 und 1623/01 A einschließlich Tischvorlage Anlage III „NN-Stellen“ sowie die unterbreiteten Anträge der Fraktionen ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss weiter.

Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 7 dagegen (CDU), 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, die Personalkosten im Haushaltsjahr 2002 auf 55,3 Mio. € zu begrenzen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, die in der Anlage III „NN-Stellen“ (Tischvorlage) aufgeführten Stellen Nr. 20 „Historiker/in“ und Nr. 25 „Sachbearbeiter/in für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung“ ersatzlos zu streichen.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 8 dagegen (CDU; BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, die in der Anlage III „NN-Stellen“ (Tischvorlage) aufgeführten Mehrstellen Nr. 16 „Erzieher/in in der Kindertagesstätte Gläserstraße“, Nr. 23 „Sachbearbeiter/in zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung“ sowie die Stellen Nr. 27 und 28 „Brandmeister/in im Brandschutz- und Rettungsdienst“ ersatzlos zu streichen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

Beschluss (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, im Bereich Bauunterhaltung – Hochbau – eine Mehrstelle einzurichten.

Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD; BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 7 dagegen (CDU), 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, die Stelle „Stadtteilbezogene Prävention Heidenberg“ bis zum 30.06.2003 festzuschreiben.

Beratungsergebnis: 3 Stimmen dafür (SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 7 dagegen (CDU), 2 Enthaltungen (SPD)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der UWG-Fraktion):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt, die Bewertung der Stelle einer/eines Sachbearbeiterin/Sachbearbeiters in der Buchhaltung (Organisationsnummer 03030002080) mit Vergütungsgruppe VI b BAT beizubehalten und die Bewertung der Stellen der Sachbearbeiter/innen im Vollstreckungs-Außendienst (Organisationsnummern 03030002140, 03030002150, 03030002160 und 03030002170) auf Vergütungsgruppe V c BAT anzuheben.

Beratungsergebnis: 0 Stimmen dafür, 9 dagegen, 3 Enthaltungen

Beschluss (über die Vorlagen 1623/01 und 1623/01 A einschließlich der als Tischvorlage präsentierten Anlage III „NN-Stellen“ unter Berücksichtigung des Vortrages des FBL 2 mit Ergänzung):

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen

- die Stellenübersicht für den Stellenplan 2002 sowie
- die Anlagen I - IV (Einsparstellen, Mehrstellen, N.N.-Stellen und Stellenumwandlungen).

unter Berücksichtigung der vom Ausschuss beschlossenen Änderungen zu beschließen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 dagegen, 0 Enthaltungen